

Der Mythos vom „Arbeiterstaat“

—
Ein Aufsatz von Ralf Fücks aus dem Jahr 1979 mit einigen Bemerkungen

XXX

Wir beurteilen die französische Revolution nicht nach den Reden von Robespierre oder Saint-Just. Man sollte auch die russische Revolution nicht nach den Schriften Lenins oder Trotzki beurteilen, sondern nach dem, was sie bewirkt hat – genau so, wie es der historische Materialismus fordert und wie man es im Falle der französischen Revolution oder jeder andern auch tut.

Die russische Revolution hat

- die Akkumulation von Kapital forciert
- die Ausbeutung der Arbeiterklasse, d. h. die Lohnarbeit, intensiviert und ausgeweitet
 - durch direkte und indirekte Lohnsenkung
 - durch die Einbeziehung von Frauen in die Lohnarbeit (erzwungen durch Lohnsenkung)
(Dies fand auch die Anerkennung westlicher Experten. "So war inzwischen eine zunehmende Zahl von Familienmitgliedern — vor allem Frauen — erwerbstätig, so dass das Familienbudget entsprechend aufgebessert wurde." [R. Lorenz, Die Sowjetunion, FWG 31, S. 353])
 - durch Zwangsarbeit
 - durch die Zerstörung vorkapitalistischer Produktionsweisen: Verwandlung von Bauern in Lohnarbeiter, gewaltsame Sesshaftmachung der Nomaden und Halbnomaden Sibiriens und Turkestans

Die Mittel dazu wurden freigemacht

- durch die Enteignung des Adels, der Kirche und - wesentlicher Antrieb des Antikommunismus - des ausländischen Kapitals. (Was es im zaristischen Russland an großem industriellem Kapital gab, war in der Hand des Auslands. (Lenin))
- durch Nichtzahlung der Staatsschulden des Zarismus

- durch die Verstaatlichung des Außenhandels und somit die Trennung des Landes von der "Weltwirtschaft" der USA und Westeuropas.

Die Bolschewiki bauten im Kampf gegen die imperialistischen Staaten Europas und die USA unter der Ideologie des „Marxismus“ einen unabhängigen Nationalstaat auf.

Die wenigen sozialen Maßnahmen der Bolschewiki (Einführung eines Gesundheitssystems und einer Rentenversicherung) kamen — zunächst jedenfalls — nur einer Minderheit zugute. Die UdSSR war nie ein Sozialstaat; trotz der Sozialkürzungen in den westeuropäischen "Wohlfahrtsstaaten" und sozialpolitischer Verbesserungen in Russland unter der Regierung Putin liegt das russische Sozialsystem auch heute noch hinter Westeuropa zurück.

Die Oktoberrevolution war ohne Zweifel eine Revolution, nur keine "Arbeiterrevolution." Was in der Sowjetunion tatsächlich aufgebaut wurde, war nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus. Mit dem Abstreifen des "Marxismus" Ende der achtziger Jahre hat die russische Revolution zu sich selbst gefunden.¹

Die Maßnahmen der Bolschewiki waren Maßnahmen zum Aufbau des Kapitalismus in Russland, nicht des Sozialismus: Die Verstaatlichung der Industrie und des Außenhandels und Planwirtschaft ändern nichts an der kapitalistischen Produktionsweise. Sie waren aber notwendig zur Errichtung eines unabhängigen Nationalstaats.

Die russischen Sozialdemokraten, ob Menschewiki oder Bolschewiki, waren von ihrer sozialen und politischen Herkunft "Narodniki", bürgerliche Revolutionäre, die auf der Suche nach dem "revolutionären Subjekt" die Arbeiterklasse entdeckten. (Willy Huhn, Trotzki — der verhinderte Stalin)

Lenin war kein Arbeiter, sondern Advokat, der Standardberuf des bürgerlichen Revolutionärs; die Führung der Bolschewiki (wie der Menschewiki) stammte durchweg aus dem Bürgertum. Daher kommt auch der relativ hohe Anteil von Juden in der russischen Sozialdemokratie, der Menschewiki wie der Bolschewiki, der den Rechten bis heute als Beweis der zionistischen Weltverschwörung dient.

Lenin war die — erfolgreichere — russische Entsprechung zu Kemal Atatürk, Pilsudski oder anderen nationalen Revolutionären.

Das heißt nicht, dass der Sozialismus in der Sowjetunion einfach ein Betrug, "Kulissenschieberei" war, wie der Linkskommunist Otto Rühle schon 1920 schrieb. Wäre Lenin nur ein Scharlatan gewesen, hätte er keinen Erfolg

¹Beim Untergang der Sowjetunion 1989/ 1991 ist auffallend, dass es von Seiten der KPdSU keine *prinzipielle* Kritik an der Politik von Gorbatschow gab. Auch Janajew und die Putschisten von 1991 waren keineswegs prinzipiell gegen die Politik von Gorbatschow, sie hielten sie nur für übereilt und zu extrem.

gehabt. Die Bolschewiki konnten auf Grundlage der russischen Produktionsverhältnisse keine andere Sowjetunion aufbauen.

Was für Russland Sozialismus bedeutete, war es für Westeuropa eben nicht. Infolgedessen spalteten sich unablässig kommunistische Gruppen von der russlandtreuen "Kommunistischen Weltbewegung" ab. Die "Fehler", welche die kommunistischen Revolutionäre an der Politik Lenins oder Stalins feststellten, und die angeblich den Untergang des Sozialismus herbeiführten, waren natürlich keine Fehler, sondern Ausdruck von Klasseninteressen: den Interessen der herrschenden Klasse der Sowjetunion. Diese Klasse hat mit der aus marxistischen Traktaten berüchtigten "Kapitalistenklasse" gemeinsam, dass sie von der Ausbeutung der Lohnabhängigen lebt. Der Unterschied besteht nur in der rechtlichen Ausgestaltung des Ausbeutungsverhältnisses.

Diese herrschende Klasse "Bürokratie" zu nennen, wie Trotzki und die Mehrzahl der Linksradiكالen es getan haben, ist bereits eine Verharmlosung: Bürokraten sind keine Herrschenden, sondern Diener einer herrschenden Klasse. Die russischen Bolschewiki waren aber eine herrschende Klasse. Der Übergang vom kommunistischen Funktionär zum "Wirtschaftsführer" vollzog sich in den neunziger Jahren recht harmonisch: Die "Oligarchen", die nach westlicher Sprachregelung heute die russische Föderation beherrschen, sind nichts anderes als die ehemalige Komsomol-Führung, inzwischen natürlich ergänzt durch originäre "unkommunistische" Halsabschneider.

Natürlich war die russische Revolution ein Fortschritt. Wenn Russland heute ein entwickelteres Land ist als Brasilien oder Indien, dann hat es dies den Kommunisten zu verdanken. Auch war die Herrschaft der Bolschewiki kein Einbruch der Barbarei in ein ansonsten konservativ-liberales Gemeinwesen, wie die heutigen Herren Russlands ihre Geschichte interpretieren. Der berüchtigte Weißmerkanal, dessen Bau Zehntausende das Leben kostete, geht auf einen zaristischen Plan zurück. (Der Zar hätte sich das allerdings nie leisten können.)

Das Lagersystem gab es schon unter dem Zaren, Stalin hat es nur ausgebaut. Auf den in dieser Hinsicht traditionsreichen Soloveckij-Inseln im Weißen Meer verwendeten die Bolschewiki ehemalige Weißgardisten als Wachpersonal. (Solschenizyn)

Als es nach der Revolution von 1905 keinen Platz mehr in den Gefängnissen gab, befahl der konservativ-liberale Innenminister Pjotr Durnowo, die aufständischen Bauern stattdessen zu erschießen.

"Mit Verhaftungen alleine werden wir unser Ziel nicht erreichen. Es ist unmöglich, Hunderttausende zu verurteilen. Ich schlage vor, die Aufständischen zu erschießen und in Fällen von Widerstand ihre Häuser niederzubrennen."

Allein diese Aktion kostete 35.000 Tote. (Nur die dokumentierten Fälle, nicht die namenlosen Gewalttaten der Kosaken und Schwarzhunderter.)

Das größte Kolonialmassaker der russischen Geschichte, die Tötung von 200.000 aufständischen Kasachen (1916), ist ein Werk des Zarismus, nicht der "Roten".

Ebensowenig war die russische Revolution ein gigantisches "Sozialexperiment des Westens" mit den armen Russen, wie die heutigen russischen Rechten behaupten, die von Lenin und Stalin ebensowenig wissen wollen wie die guten Deutschen von Adolf Hitler und Auschwitz, und doch auf ihren Schultern stehen.

Das allgemeine Starren auf Elend und Terror verstellt auch den Blick auf die Gründe der relativen inneren Stabilität der jungen UdSSR. Die alte Elite war tot oder im Ausland; Loyalität vorausgesetzt, stand zumindest in den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens der Sowjetunion jedem Befähigten der Aufstieg offen. "Niedere Herkunft", am besten aus der "Arbeiterklasse" oder der "Bauernarmut", war ja sogar ein Vorteil, in schroffem Gegensatz zum Zarismus mit seiner antiquierten Ständeordnung, aber auch zu den westeuropäischen Staaten. Das war wirklich revolutionär, wenn auch nicht von Dauer. Nirgendwo auf der Welt wurde (zunächst jedenfalls) das kapitalistisch-sozialdemokratische Versprechen von "Chancengleichheit" und "Freie Bahn dem Tüchtigen" mehr verwirklicht als in der Sowjetunion. Da konnte man schon über ein paar "Schattenseiten" hinwegsehen.

Der Versuch der leninschen und stalinschen Kommunisten, den Aufbau eines Nationalstaats als Sozialismus hinzustellen, führte dazu, dass das Ziel des Sozialismus völlig entstellt wurde. In den hochindustrialisierten Ländern führte er die Kommunisten in die Bedeutungslosigkeit. In Westdeutschland verschwand die KPD nach 1945 sang- und klanglos — nicht nur als Organisation, sondern auch aus dem Bewusstsein der lohnabhängigen Bevölkerung.

"Die Arbeiterklasse und das Volk in der Bundesrepublik haben heute keinen klaren Begriff davon, was Sozialismus ist." (Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Mannheim 1974)

Primäre Ursache für das Verschwinden einer ehemaligen Massenpartei war eben keineswegs der Kalte Krieg und das KPD-Verbot, und auch nicht der "Verrat ehemaliger Kommunisten". Staatlicher Terror hat gegen wirkliche Volksbewegungen noch nie etwas ausgerichtet. Aber die Sowjetunion war keine Perspektive für die Arbeiter der fortgeschrittenen Industriestaaten.

In der "Dritten Welt" dagegen, in jenen Ländern also, deren Situation mit der Sowjetunion 1917 vergleichbar war, z. B. China, war die Sowjetunion noch lange ein Erfolgsmodell – und ist es zum Teil noch heute. Wo der Marxismus-Leninismus nach dem II. Weltkrieg einen gewissen Masseneinfluss hatte, da handelte es sich um Länder der Dritten Welt: "Kurdistan", Nepal, Südindien,

Peru, Kambodscha und so weiter. Eben weil es dort nicht um soziale, sondern um nationale Befreiung ging: Um die Errichtung eines unabhängigen Nationalstaats.

Zu diesem Aufsatz

Der folgende Aufsatz wurde zuerst veröffentlicht in „*Dokumente der Konferenz über Komitees für Demokratie und Sozialismus Ostern 1979*“.

Die „Komitees ...“ waren eine kurzlebige Organisation — oder Organisationsversuch — ausgetretener und ausgeschlossener Mitglieder des KBW („Kommunistischer Bund Westdeutschland“).

Die Teilnehmer dieser Konferenz verstanden sich damals noch als Marxisten–Leninisten. Die „Komitees...“ dienten aber als Übergang vom „Maoismus“ zu den Grünen, den Gewerkschaften oder der SPD, wie der Name „Demokratie und Sozialismus“ es auch andeutet.

Der KBW (hervorgegangen aus der verbotenen Heidelberger Ortsgruppe des SDS) wollte — wie andere Splittergruppen des SDS auch — in den siebziger Jahren die KPD wieder aufbauen. Im Unterschied zu andern Gruppen verstand er das nicht als organisatorische Frage, sondern versuchte, sich unabhängig von Trotzismus, Revisionismus (DKP) und Reformismus (Jusos) den Marxismus–Leninismus neu anzueignen und ihn als revolutionäre Theorie wiederherzustellen. Bei seiner Gründung 1974 war er die stärkste der ML-Gruppen. Bei Bundestagswahlen spielte der KBW nie eine Rolle, hatte aber noch jahrelang erheblichen Einfluss an den Hochschulen und bei der Gewerkschaftsjugend.

Bei dem Revolutionär, der hier im Namen der „westdeutschen Kommunisten“ referiert, handelt es sich um Ralf Fücks, relegierter Student der Universität Heidelberg, später Bremer Umweltsenator (GRÜNE) und Vorsitzender der Heinrich–Böll–Stiftung. Nebenher schreibt er für gutes Geld langweilige Bücher zum Lob unserer schwarzrotgoldenen Zwangsanstalt.

Er ist schon recht alt (Jg. 51), aber Politiker leben ja länger als gewöhnliche Lohnabhängige², und so werden ihm bestimmt noch weitere Ehrungen durch den „BRD-Imperialismus“ zuteil.

Ralf Fücks ist heute kein Kommunist mehr, versteht sich, sondern „schämt sich der Art und Weise, wie wir damals Politik gemacht haben“ . (Im Internet gelesene Aussage.)

Der vorliegende Aufsatz ist das einzige Beispiel, wo aus der ML-Bewegung selbst die Gründungslegende der ML-Bewegung, die von der KP China übernommene These vom „*revisionistischen Putsch der Chruschtschow-Clique auf dem XX. Parteitag*“, abgelehnt wird.

²Zur Zeit jedenfalls noch. Ich hoffe, dass sich das ändert.

Interessanter ist aber was R. F. **nicht** ablehnt: den Glauben, dass *eine falsche Politik* zu einer „Restauration des Kapitalismus“ geführt habe. Er verlegt nur das Datum weiter nach hinten.

Auch bei Fücks bestimmen Parteitagebeschlüsse und Regierungsentscheidungen die Produktionsverhältnisse, können den Sozialismus retten oder den Kapitalismus „restaurieren“.

Dieses Denken teilte die ML-Bewegung mit allen anderen Linken und mit allen Demokraten von rechts und links. Es erklärt besser als irgendwelche Korruptionsgeschichten, weshalb die „proletarischen Revolutionäre“ vom KBW genau wie andere, weniger radikale Teile der Studentenbewegung innerhalb weniger Jahre scheinbar „die Seiten wechselten“. Ob sie heute im DGB, bei den GRÜNEN, der SPD oder den LINKEN Politik machen — alle haben sie jedenfalls das gemeinsam, dass sie auf der äußersten volksfeindlichen Rechten ihrer jeweiligen Parteien stehen.

B.K.

Thesen zur Entwicklung der Sowjetunion (1979)

Einleitung

Das Scheitern der Hoffnungen, die von Arbeitern der ganzen Welt in die russische Oktoberrevolution gesetzt wurden, lastet heute noch wie ein Alp auf der Arbeiterbewegung. Wie war es möglich, daß die Revolution von 1917, angetreten mit dem Ziel der Befreiung der arbeitenden Klassen von Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung, schließlich in ein faschistoides staatskapitalistisches System mündete, in dem ein ungeheurer bürokratischer Staatsapparat – dessen Zerstörung Lenin in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus wieder zur bewussten Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung erhoben hatte – die produzierende Gesellschaft knebelt?

Ohne Antwort auf diese Frage und ohne offene Auseinandersetzung über die Lehren aus der Entwicklung der Sowjetunion (SU) wird der Kommunismus in der Zentren des Imperialismus nicht die Kraft wiedergewinnen, die Massen zu erobern. Viel zu lange haben die Kommunisten die Augen vor der tatsächlichen Entwicklung der SU verschlossen und haben eine Art doppelter Moral gegenüber Erscheinungen in der SU kultiviert, die offenkundig den Grundsätzen und Zielen des Kommunismus widersprachen und dennoch bedingungslos verteidigt wurden. So wurden diese revolutionären Grundsätze und Ziele selbst in den Augen der Massen fragwürdig; konnte die Bourgeoisie des Westens die Tatsache der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ideologisch gegen den Kommunismus wenden. Heute verknüpfen große Teile der arbeitenden Klassen mit dem Begriff des Kommunismus (der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats) Vorstellungen von armseligen Lebensbedingungen, Rechtlosigkeit und bürokratischer Gängelung der Massen, denen gegenüber bürgerliche Demokratie und kapitalistische „Marktwirtschaft“ noch als kleineres Übel erscheinen.

Nachdem die Kommunisten jahrzehntelang Schönfärberei gegenüber dem tatsächlichen Verlauf der proletarischen Revolution in der SU betrieben und ihre Niederlage geleugnet hatten, mußte ihr revolutionärer Teil unter dem Druck der Tatsachen diese Niederlage anerkennen – allerdings nur in halbherziger, inkonsequenter Weise. Die Legende vom „Staatsstreich der Chrustschow-Clique auf dem XX. Parteitag.“ (1956), von dem die Umwandlung der „Diktatur des Proletariats“ in ein bürgerliches Regime ausgehe, entstand (eine Art kommunistische Dolchstoßlegende).

Diese Grenzziehung erweist sich allerdings als reichlich willkürlich: alle nach 1956 entdeckten grundlegenden Züge des Revisionismus lassen sich mehr oder weniger ausgeprägt bereits lange davor feststellen. Die „Staatsstreich“-Legende klärt nichts und ist bloß geeignet, radikale, auf die Wurzeln der Niederlage des Sozialismus in der SU zielende Fragen und Antworten abzublocken.³

Es ist wirklich höchste Zeit, daß die Kommunisten mit den fadenscheinigen Ausreden über Zeitpunkt und Ursachen der „Machtergreifung des Revisionismus“ in der SU aufräumen und die Untersuchung der Tatsachen nicht länger ihren Gegnern überlassen.

³ Allerdings verlegt R.F. den „Sieg des Revisionismus“ nur ein paar Jahrzehnte zurück und strickt somit am revolutionären Mythos weiter.

Die folgenden Thesen gliedern sich in 2 Teile:

- zur objektiven ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung der SU;
- zur Auseinandersetzung mit einigen zentralen Fragen der Theorie und Politik der Bolschewiki.

Überblick über die geschichtliche Entwicklung in der SU

Die Oktoberrevolution

Mit dem Oktoberaufstand 1917 setzten sich die Bolschewiki an die Spitze der sozialrevolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern und eroberten die Staatsmacht. Die Oktoberrevolution war das Resultat mehrerer ineinandergreifender Widersprüche, die zusammengenommen Russland zum „schwächsten Glied in der Kette des Imperialismus“ machten:

- des Widerspruchs zwischen der Bauernschaft und den halbfeudalen Großgrundbesitzern
- zwischen Kapital und Arbeit in den hochkonzentrierten russischen Industriezentren
- zwischen dem zaristischen Kolonialstaat und den von ihm unterdrückten nicht-russischen Nationen

Der seit 1914 andauernde imperialistische Weltkrieg hatte alle diese Widersprüche zum Sieden gebracht; Überarbeitung, Hunger und Kälte, die Niederlagen und die ungeheuren Menschenverluste an der Front riefen die Rebellion der Arbeiter und Bauernmassen hervor. Die Februarrevolution 1917 hatte den Zarismus weggefegt und eine Reihe bürgerlicher Koalitionsregierungen an die Macht gebracht, die jedoch unfähig waren, auch nur einen der grundlegenden Widersprüche zu lösen. Die Massen begannen, ihre Interessen auf eigene Faust durchzusetzen: die Bauern nahmen das Gutsbesitzerland in Beschlag, in den Städten kam es zu Fabrikbesetzungen, die Soldaten rebellierten gegen ihre Offiziere und desertierten massenhaft von der Front; die Armee löste sich auf. In den Arbeiter- und Soldatenräten hatten sich die revolutionären Massen Organe des Kampfs um die Macht geschaffen, die bereits vor dem Oktober 1917 die Handlungsfähigkeit des bürgerlichen Staatsapparats entscheidend einengten und immer größere Autorität bei den Unterdrückten gewannen.

Die Bolschewiki konnten die Mehrheit in den ausschlaggebenden Sowjets erobern, weit sie als einzige organisierte politische Kraft die Ziele der revolutionären Massenbewegung konsequent formulierten und die Notwendigkeit der Machtübernahme durch die Räte zur Durchsetzung dieser Ziele verfochten.

Sie konnten die politische Macht in der folgenden Periode des Bürgerkriegs und der imperialistischen Intervention behaupten, weil diese Macht sich als Garant der grundlegenden Forderungen und Interessen der arbeitenden Klassen erwies: Beendigung des Krieges, Verteilung des Gutsbesitzerlandes an die Bauern, Enteignung der Banken und der Fabrikanten, Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Nationen (Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands, Polens, der baltischen Staaten; Umwandlung Russlands in eine föderative Republik).

Der Kriegskommunismus

Im Mai 1918 begann der revolutionäre Krieg gegen die vereinten Kräfte der russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten und des internationalen Imperialismus. Er dauerte bis Ende 1920 (im Fernen Osten bis 1922) und brachte die revolutionäre Macht militärisch, politisch und ökonomisch an den Rand des Abgrunds. Die Zuspitzung der Widersprüche durch den Bürgerkrieg zwang die Bolschewiki, ihren strategischen Plan zu ändern: entgegen der ursprünglichen Konzeption Lenins, nur die „Kommandohöhen“ der kapitalistischen Wirtschaft zu verstaatlichen (Banken, Transport, Großindustrie, Energiewesen, Außenhandel) und die Übergangsphase eines von der proletarischen Staatsmacht kontrollierten Kapitalismus („Staatskapitalismus“) zu durchlaufen, wurden jetzt nach und nach die gesamte Industrie, Handwerk und Handel nationalisiert. Die Zerstörung der Transportwege durch den Krieg, die Ausblutung der Belegschaften infolge der Rekrutierung, der zeitweise Verlust der Rohstoffgebiete an die weißen Truppen, der Ausfall ausländischer Lieferungen aufgrund der imperialistischen Blockade, die physische Erschöpfung der Arbeiter führten zu einem drastischen Rückgang der Industrieproduktion und zum Wertverfall des Rubels.

Das hatte Konsequenzen für die ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Stadt und Land, revolutionäre Staatsmacht und Bauernschaft: Die Bauern, die im Austausch für ihre Produkte statt der benötigten Industriegüter nur mehr wertlose Papier-Rubel erhielten, drosselten die Produktion und brachten kein Getreide mehr auf den Markt. Die Bolschewiki reagierten mit der Festsetzung von Zwangsablieferungsquoten für Getreide. Requirierungstrupps aus bewaffneten Arbeitern trieben die Ablieferungsquoten ein und beschlagnahmten die Vorräte begüterter Bauern. Später übernahmen Tscheka-Kommandos diese Funktion. Die Bauern antworteten mit der Einschränkung der Anbauflächen und dem Übergang zur Subsistenzproduktion. In den Städten verschärfte die Nahrungsmittelkrise die Industriekrise. Seuchen brachen aus. 1920/21 kam es infolge einer Missernte zu einer verheerenden Hungersnot. Über 5 Millionen Menschen verhungerten. Die Bauern forderten die Wiedezulassung des freien Handels und die Abschaffung der Zwangsabgaben. Bewaffnete Bauernaufstände brachen aus, die 1920/21 „sozusagen das allgemeine Bild Russlands bestimmt haben“ (Lenin vor dem IV. Kongress der KI, 1922/AW III, 819).

Gleichzeitig nahm die Unzufriedenheit der Arbeiter zu: ihre Quellen waren nicht nur die materielle Not; sie protestierten gegen die seit 1918 erfolgte schrittweise Einschränkung der proletarischen Demokratie, die Unterdrückung aller nichtbolschewistischen Parteien und Presseorgane, die Einschränkung der Macht der Fabrikkomitees, die „Diktatur der Kommissare“, gegen das Regiment der „belagerten Festung“, das die Bolschewiki im Herbst 1918 über das Land verhängt hatten. Lenin selbst stellt vor dem IV. KI-Kongreß fest, daß die Partei im Frühjahr nicht nur die Masse der Bauern, sondern ebenso einen Großteil der Arbeiter gegen sich hatte (a.a.O., 816).

Die Erhebung der Kronstadter Matrosen und Arbeiter im März 1921 (Forderungen: Neuwahl der Sowjets, Freiheit für alle Arbeiterparteien, Wiedezulassung des freien Handels zwischen Stadt und Land) war ein Signal, wie tief der Widerspruch zwischen bolschewistischer Staatsmacht und den Massen schon geworden war. Die Bolschewiki verstanden die Zeichen der Zeit und warfen das Ruder herum: dem „Kriegskommunismus“ folgte die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP). Die Politik des „Kriegskommunismus“ stellte den Versuch des „direkten

Übergangs zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zur rein sozialistischen Verteilung der Güter“ dar (Lenin, a.a.O., 816): völlige Verstaatlichung von Produktion und Distribution, Abschaffung des Geldes und Übergang zur „proletarischen Naturalwirtschaft“ (90% des Lohns der Arbeiter wurde in Naturalien gezahlt, eine Reihe von Steuern abgeschafft und zahlreiche unentgeltliche öffentliche Dienstleistungen geschaffen). Unter den ökonomisch-kulturellen Voraussetzungen der SU mußte dieser Versuch mit einem Fiasko enden. 1921 war die Industrieproduktion auf rund 15% des Standes von 1913 gesunken, die landwirtschaftliche Produktion auf knapp 50% des Vorkriegsstandes. Die Zahl der Arbeiter hatte sich halbiert (von rund 3 Millionen auf 1,5 Millionen). Gleichzeitig hatte sich mit der Ausdehnung seiner ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen der Statsapparat enorm aufgebläht: die Zahl der Staatsbediensteten war 1920 gegenüber 1913 von rund 1,5 auf 2,45 Millionen gestiegen. Parallel dazu nahm in den Betrieben die Zahl der Angestellten gegenüber den Arbeitern absolut und relativ zu. Sowohl von seiner Struktur wie von seinem Personal her handelte es sich um den alten, zaristisch—bürgerlichen Staatsapparat (Lenin 1922: „abscheuliches bürgerlich-zaristisches Gemisch“), auf den sich die Bolschewiki seit Mitte 1918 bei der Verteidigung und Festigung ihrer Macht stützten. (Beispiel Armee: Wiederherstellung der stehenden Heeresorganisation mit traditioneller Befehlshierarchie; Reaktivierung von fast 40.000 ehemals zaristischen Offizieren; Zwangsaushebung von Soldaten etc.)

Die NEP

Auf dem X. Parteitag der KPR(B) im Frühjahr 1921 wurden die Weichen für die Kurskorrektur gestellt: die Abschaffung der Zwangsablieferungen der Bauern und ihre Ersetzung durch die Naturalsteuer (1922: Geldsteuer); die Wiederzulassung des privaten Handels und des privaten Gewerbes (Handwerk und Kleinindustrie; im Mai 1925 wurden sogar Privatbetriebe mit bis zu 100 Lohnarbeitern zugelassen). Der Staat behielt die Banken, die große Industrie, den Groß- und Außenhandel in der Hand; die Staatsbetriebe arbeiteten nach dem Prinzip der einzelbetrieblichen Rentabilität und erhielt weitgehende Autonomie auf dem Markt. Das Akkordsystem wurde verstärkt angewandt und die „wissenschaftlichen Errungenschaften des Taylorismus“ (Lenin) propagiert („wissenschaftliche Arbeitsorganisation“). Mit der NEP wurde Lenins Konzeption des „Staatskapitalismus“ realisiert: eine auf Warenproduktion basierende, staatlich kontrollierte Ökonomie.

Dreh- und Angelpunkt der NEP war die Wiederherstellung der ökonomischen und politischen Einheit zwischen Stadt und Land, Staatsmacht und Bauernschaft, die gegen Ende des „Kriegskommunismus“ zerbrochen war. (Lenin: „Gegen den Willen der Mehrheit (= der Bauernmassen, RF) zu handeln, heißt Verrat an der Revolution begehen“)

Die NEP trug zugleich dem Scheitern der Hoffnungen Rechnung, die Lenin wie alle Bolschewiki auf die Revolution in Europa (Deutschland) gesetzt hatte. Die unmittelbare Verwirklichung der Ziele des Sozialismus hatte sich unter den vorgefundenen sozialökonomischen Bedingungen Russlands als unmöglich herausgestellt; auf eine rasche Durchbrechung der Isolation Russlands durch die Revolution in den imperialistischen Zentren war Mitte 1921 (spätestens 1923) nicht mehr zu rechnen — die KPR mußte sich auf eine lange Perspektive des Aufbaus der materiellen Grundlagen des Sozialismus aus eigener Kraft einstellen. Diese Aufgabe (zugleich Ausgangspunkt der Politik der „friedlichen Koexistenz“) rückte erst seit

1921/22 allmählich ins Bewußtsein der Partei. Ein Konzept für ihre Lösung gab es nicht. In seinen letzten Schriften, die um diesen Punkt kreisen, entwickelte Lenin ein Programm, das aus 3 Hauptpunkten besteht:

- Umwandlung und Reduzierung des bürokratischen Staatsapparats;
- Vorantreiben der genossenschaftlichen Bewegung, v. a. auf dem Land;
- Einleitung einer „Kulturrevolution“, die die Massen zur Verwaltung von Wirtschaft und Staat befähigen und die SU von den bürgerlichen Spezialisten unabhängig machen sollte.

Keine dieser grundlegenden Aufgaben wurde im Verlauf der NEP gelöst.

1926 war die Rekonstruktionsperiode in Industrie und Landwirtschaft mit Ausnahme einzelner Produktionszweige abgeschlossen: die Produktion erreichte wieder das Vorkriegsniveau. Zugleich stürzt die NEP 1926/27 in eine schwere Krise, die von den Beziehungen zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft ausgeht und diese erneut zu zerbrechen droht.

Obwohl die Getreideernte 1927 das Ergebnis der letzten Vorkriegsjahre übertrifft, bleibt die auf den Markt gebrachte Menge (die Vermarktungsquote) um rund 1/3 unter dem damaligen Stand. Gründe:

- die landwirtschaftliche Produktivität wurde durch die Agrarrevolution und die folgenden Landumverteilung gedrückt: die Agrarstruktur wird bestimmt durch kleine und kleinste Betriebe, die hauptsächlich für den eigenen Bedarf produzieren. Die Produktionsmethoden sind primitiv, die Ausstattung mit Produktionsmitteln (Vieh, Gerät) miserabel. Die Zunahme der Bauernwirtschaften (von 1918 = 16,5 Mio auf 1929 = 25,9 Mio) geht Hand in Hand mit dem Rückgang der durchschnittlichen Betriebsgröße.
- 1927 entsteht im Gefolge von Preiserhöhungen und Steuersenkungen für die Landwirtschaft ein Kaufkraftüberhang auf dem Dorf; die Industrie, die selbst mit veralteten Produktionsanlagen und niedriger Arbeitsproduktivität zu kämpfen hat, ist nicht imstande, den „Warenhunger“ des Dorfes zu befriedigen. Folge: der ökonomische Anreiz zur Marktproduktion sinkt; die Bauern halten einen Teil des Überschußgetreides zurück.

Nachdem die vereinigte Mehrheit um Stalin und Bucharin noch auf dem XV. Parteitag die bereits 1925/26 erhobene Forderung der „Linksopposition“ um Trotzki/ Sinowjew nach schärferem Vorgehen gegen die Kulaken (Großbauern) (— Zwangslleihe, schärfere Besteuerung, Beschlagnahme ihrer Getreidevorräte) und stärkerer Orientierung auf den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Kleinbauern abgelehnt und die Führer der „Linksopposition“ aus der Partei ausgeschlossen hatte, vollzog die Parteiführung nur wenige Tage nach Beendigung des Parteitags einen scharfen Schwenk nach „links“: Am 14.12.1927 gab Stalin angesichts der bedrohlichen Leere der staatlichen Getreidespeicher Anweisung zur Ergreifung „außerordentlicher Maßnahmen“ gegen die Großbauern. Die Beschlagnahme von Getreide begann. Im Frühjahr 1928 waren die freien Reserven der Bauern aufgebracht, danach wurden die Lebensmittel- Futter- und Staatsvorräte angegriffen.

„Daher erneute Rückfälle in außerordentliche Maßnahmen, administrative Willkür, Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit, Hofrevisionen, ungesetzliche Haussuchungen usw., wodurch die politische Lage des Landes verschlechtert und der Zusammenschluß zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft gefährdet wurde.“ (Stalin, Bd, 11, S. 182-3)

Noch einmal schreckte die Parteiführung vor den Konsequenzen eines Generalangriffs auf die Kulaken zurück: das ZK-Plenum vom Juli 1928 untersagte die weitere Zwangseintreibung von Getreide, forderte die Erhöhung der Agrarpreise und die verstärkte Belieferung des Dorfes mit Industrieprodukten, kurz: die Rückkehr zur Politik der NEP. Das ZK bekräftigte die Linie des 15. Parteitags,

„... die Produktivität des einzelnen Klein- und Mittelbauern anzuregen und zu erhöhen, weil der Einzelbauer noch für einen erheblichen Zeitraum die Grundeinheit für die Getreideerzeugung sein wird.“

Doch bereits im November 1928 mußte das ZK erneut die Agrarkrise ausrufen:

„außerordentliche Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen, Nichterfüllung der Exportpläne“

(der Getreideexport war die wichtigste Devisenquelle zur Finanzierung der Einfuhr von Maschinen und Industrieanlagen). Erneut griff die Parteiführung — diesmal unter Protest der „Rechten“ um Bucharin — zur Politik der zwangsweisen Getreideerfassung. Die „außerordentlichen Maßnahmen“ brachten jedoch nur vorübergehende Entlastung. Im Frühjahr 1929 waren die staatlichen Vorräte noch geringer als im Vorjahr. In den Städten wurde das Brot knapp, ein schwarzer Markt für Lebensmittel entstand. Die Groß- und Mittelbauern reagierten auf den staatlichen Rückgriff zu den Mitteln des Kriegskommunismus ihrerseits mit den alten Methoden: sie drosselten den Getreideanbau, legten versteckte Vorratslager an und gingen zum Boykott des Staates über. Mitte 1929 befand sich die „Sowjetmacht“ in einer schweren ökonomischen und politischen Krise. Bedroht von Hungersnot und wirtschaftlicher Zerrüttung infolge des Zerbrechens der ökonomischen Beziehungen zwischen Stadt und Land, in ihrer politischen Existenz bedroht durch das Zerbrechen des „Arbeiter-Bauern-Bündnisses“ ergriff die bolschewistische Staatsmacht die Flucht nach vorn.

Übergang zur Kollektivierung und Industrialisierung im Eiltempo

Im April 1929 tagte die 16. Parteikonferenz der KPR. Sie beschloß den 1. Frühjahrplan des industriellen Aufbaus und nahm Kurs auf die Kollektivierung der Landwirtschaft: innerhalb der nächsten 5 Jahre sollten 23,5% der Bauernwirtschaften mit 17,5% des bewirtschafteten Bodens kollektiviert werden; die Industrieproduktion sollte um 180% (Optimalvariante) zunehmen. Im Mittelpunkt des Plans stand ein gewaltiges Investitionsprogramm: 40% des Nationaleinkommens waren für Investitionen verplant. Vorrang hatte der Ausbau der Schwerindustrie, der jedoch mit einer ständigen Ausdehnung des Massenkonsums verknüpft sein sollte.

Hauptkettenglied zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sollte nicht die Kollektivierung, sondern die Verbesserung der Produktivität des Einzelbetriebes sein: „der kleine Hof ist noch lange nicht am Ende seiner Möglichkeiten angelangt.“

Bereits im Juli/August 1929 wurde der „Linkskurs“ verschärft, der Generalangriff auf das bäuerliche Privateigentum eröffnet und das Tempo der Industrialisierung erheblich beschleunigt („Erfüllung des 5-Jahres-Plans in 4 Jahren“, Steigerung der Investitionsrate für die Schwerindustrie).

Was waren die Triebkräfte für diesen Kurswechsel, mit dem die NEP endgültig aufgegeben wurde? (Parallel wurde die KI auf „ultralinks“ getrimmt: Sozialfaschismusthese, RGO, Ablehnung der AE-Politik gegenüber der Sozialdemokratie)

— Im Inneren hatte sich die Agrarkrise (— der Widerspruch zwischen Staatsmacht und Bauern) bis zu einem Punkt zugespitzt, der die Fortsetzung des industriellen Aufbaus und die politischen Fundamente des „Sowjetstaates“ in Frage stellte. Die Parteiführung stand vor einer grundlegenden Alternative:

- entweder sie machte den kapitalistischen Warenproduzenten auf dem Land weitreichende ökonomische und politische Konzessionen (Erhöhung der Agrarpreise und Senkung der Steuern, Ausdehnung der Lohnarbeit, der Landpacht und des freien Handels, Verzicht auf die Stärkung der Position der armen Bauern im Dorf) — damit würde jedoch der Akkumulationsfonds der Industrie eingeengt, der Ausbau der Planwirtschaft verhindert und die Gefahr einer Restauration der Herrschaft des Privateigentums heraufbeschworen.
- Oder sie suchte die Agrarkrise durch einen Gewaltakt zu lösen, die zersplitterte Kleinproduktion auf dem Land durch die Kollektivierung aufzuheben, die Landwirtschaft damit in die staatliche Planwirtschaft einzubeziehen, sie in den Dienst der industriellen Akkumulation zu stellen und die soziale Basis für eine (privat-) kapitalistische Konterrevolution zu vernichten.

Das Tempo, mit der dieser 2. Weg eingeschlagen wurde, war auch eine Resultante aus der Verschärfung der internationalen Widersprüche, denen sich die SU konfrontiert sah: der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und die sich abzeichnende wachsende Kriegsgefahr veranlaßten den beschleunigten Ausbau der Schwerindustrie als Basis militärischer Stärke.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Sie entwickelte sich als regelrechter Kriegszug der Staatsmacht gegen die Mehrheit der Bauernschaft. Die politische Verankerung der Bolschewiki auf dem Land war traditionell schwach; die meisten Dörfer standen unter der Hegemonie der Groß- und Mittelbauern. Die Genossenschaftsbewegung auf dem Land war erst in Anfängen entwickelt und erfaßte hauptsächlich die Distribution (Ein- und Verkauf), Mitte 1928 waren erst 1,7% der Bauernfamilien in Produktionsgenossenschaften organisiert. Die materiell-technischen Bedingungen für den Übergang zur rationellen landwirtschaftlichen Großproduktion mußten erst noch geschaffen werden (Aufbau der Landmaschinenindustrie — Aufnahme der Traktoren-Serienproduktion Ende 1932 — und Entwicklung wissenschaftlicher Anbaumethoden). Unter diesen Voraussetzungen fand der Kampf gegen das bäuerliche Privateigentum in der Hauptsache nicht als

Klassenkampf zwischen der Dorfarmut und den Großbauern statt, sondern als Bürgerkrieg zwischen Stadt und Land, Staatsmacht und Bauernschaft.

Seit Mitte 1929 wurden wieder Requirierungskommandos eingesetzt, die Ablieferungskontingente für Großbauern wurden so hochgeschraubt, daß viele Land, Vieh und Inventar verkaufen mußten, um ihr Soll aufzubringen. Der Kampf nahm immer schärfere Formen an. Auf den wachsenden Widerstand großer Teile der Bauern reagierte die Parteiführung mit der Beschleunigung der Kollektivierungskampagne: Im Dezember 1929 rief Stalin dazu auf, „die Kulaken als Klasse zu liquidieren“; im Januar 1930 beschloß das ZK den Abschluß der Kollektivierung in den wichtigsten Getreideanbaugebieten bis zum Herbst desselben Jahres, spätestens Frühjahr 1931. Truppen wurden eingesetzt, um den Widerstand der Groß- und Mittelbauern zu brechen; eine Welle von Massenverhaftungen und Deportationen setzte ein: Millionen Bauern wurden mitten im Winter nach Sibirien und in den Osten des Landes verfrachtet. Die Kollektivierung wurde mit allen Mitteln des ideologischen, administrativen und ökonomischen Drucks vorangetrieben; dennoch konnten die gesetzten Fristen nicht eingehalten werden, ohne den totalen Zusammenbruch der Landwirtschaft zu riskieren (— Hunger und Protest gegen die Kollektivierung veranlaßten z. B. zahlreiche Bauern dazu, ihr Vieh abzuschlachten: 1933 war der Viehbestand gegenüber 1928 um fast die Hälfte gesunken). 1931 war knapp 52% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektiviert, 1934 an die 75%, 1937 schließlich 97%.

Zusammenfassung der Ziele der Kollektivierung:

a) Senkung des Eigenverbrauchs der Bauern und Steigerung der vom Staat angeeigneten Quote der landwirtschaftlichen Produktion: die Verwandlung selbständiger Warenproduzenten in de facto eigentumslose landwirtschaftliche Arbeiter auf Staatsfarmen ermöglicht die staatliche Kontrolle über Produktion und Konsumtion der Bauern. Obwohl die Zwangskollektivierung die landwirtschaftliche Produktion um Jahre zurückwirft, liefert sie dem Staat die Hebel zur schlagartigen Steigerung der Aneignung landwirtschaftlicher Produkte. So liegt die Ernte des Jahres 1932 um rund 12% unter dem Durchschnitt der Vorjahre; die staatliche Getreideerfassung aber um 44% höher. 1926/27 wurden 13% der Getreideernte vom Staat erfaßt, in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg dagegen durchschnittlich 40%. Entsprechend steigt der Getreideexport von weniger als 1 Mio Zentner 1928 auf 13 Mio/1929, 48,3 Mio/1930 und 51,8 Mio/1931. Im folgenden Jahr sinkt er auf 18,1 Mio Zentner ab: die vorangegangenen Getreidebeschaffungszüge bewirken die Einschränkung der Anbauflächen und den Rückgang der Ernterträge und münden in die zweite verheerende Hungersnot in der Geschichte des „Sowjetstaates“ (allein in der Ukraine sollen 1932/33 um die 3 Millionen Menschen verhungert sein). Steuererhebung und ungleicher Tausch zwischen Industrie und Landwirtschaft sind die beiden Hauptinstrumente, mit denen sich der Staatsapparat einen immer größeren Teil der landwirtschaftlichen Produktion ohne Äquivalente aneignet. Die „Selbständigkeit“ der Kolchosen ist bloße Fassade: tatsächlich werden Produktionsplan, Preise, Abgaben, Investitionen etc. von den staatlichen Zentralbehörden diktiert.

Gleichzeitig enthebt die formelle Selbstständigkeit der landwirtschaftlichen „Genossenschaften“ den Staat von der lästigen Pflicht der Lohnzahlung an die Kolchosbauern: deren Einkünfte hängen davon ab, was nach Abzug aller Produktionskosten, Abgaben und Investitionen von den Gesamteinnahmen der Kolchose übrigbleibt. Aufgrund der staatlichen Steuer- und

Preispolitik reicht dieser Überschuß nie aus, um die Reproduktion der Bauern zu sichern, weshalb diese in ihrer Freizeit den Fetzen Privatland bewirtschaften und sich ihrer privaten Kuh widmen müssen, die ihnen der Staat klugerweise gelassen hat.

Um die Kontrolle über die Arbeitskraft der bäuerlichen Arbeiter komplett zu machen, werden den Kolchosbauern wie zu des Zaren Zeiten die Pässe entzogen: ohne Erlaubnis der Behörden dürfen sie den Kolchos nicht verlassen. Und um die Bauern zu hindern, sich an dem Getreide zu vergreifen, das sie für den Staat produzieren sollen, wird 1932 ein Gesetz erlassen, das „Getreidediebstahl“ mit 10 Jahren Freiheitsentzug/Arbeitslager bedroht.

b) wie die Kollektivierung der Landwirtschaft die finanziellen Mittel (das Kapital) für den beschleunigten Industriellen Aufbau liefert, so liefert sie ihm auch das notwendige „Menschenmaterial“: sie erschließt die Bauern als industrielle Reservearmee, aus der ein beständiger Strom an Arbeitskräften abgezapft und in die Fabriken, Bergwerke und Baustellen geleitet wird. (Von 1926-1939 nimmt die städtische Bevölkerung von 26 auf 56 Millionen Menschen zu; hauptsächlich durch Zufluß vom Land).

Keinesfalls war die Zwangskollektivierung ein Schritt zur Modernisierung und beschleunigten Entwicklung der Landwirtschaft selbst: sie war im Gegenteil mit der massenhaften Vernichtung von Produktivkräften und mit einem unmittelbaren Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion verbunden, die vor dem 2. Weltkrieg nur in den Jahren 1937 und 1940 wieder das Niveau von 1928 erreichte.

Die drakonische Beschränkung der Konsumtion der Bauern, ihre Unterwerfung unter ein neues Zwangsregiment und die Beschneidung des landwirtschaftlichen Produktionsfonds zugunsten der industriellen Akkumulation mündete in eine chronische Krise der sowjetischen Landwirtschaft, die in puncto Arbeitsproduktivität und Produktionswachstum weit hinter der Industrie zurückblieb. Tatsächlich haben die Zwangskollektivierung und Ausblutung der Landwirtschaft die Basis der Reproduktion der arbeitenden Klassen (die Lebensmittelproduktion) ruiniert: die landwirtschaftliche Produktion pro Kopf blieb während der gesamten Stalin-Periode unter dem Niveau der Jahre vor der Kollektivierung.

Die gleichen Maßnahmen, welche die Landwirtschaft als Quelle der industriellen Akkumulation erschließen sollten, schlugen schließlich in Hindernisse der industriellen Expansion um: die chronische Krise der Landwirtschaft behinderte die Versorgung der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen und hielt das für die Industrialisierung nutzbar gemachte landwirtschaftliche Mehrprodukt in engen Grenzen.

Das Verhältnis zwischen Staat und Bauernschaft ist eine Schlüsselfrage für den Verlauf der russischen Revolution.

Vor der Oktoberrevolution waren die Bolschewiki eine fast ausschließlich städtische Partei. Dennoch konnten sie 1917 an der Spitze der revolutionären Arbeiterschaft das Bündnis mit den Bauern herstellen und die Macht erobern, weil sie sich das Programm der bürgerlichen Revolution auf dem Land zu eigen machten und als einzige Partei konsequent die Inbesitznahme des Großgrundbesitzes durch die Bauern unterstützten.

Die bürgerliche Revolution auf dem Dorf mündete in die Stärkung des Privateigentums und der Warenproduktion in der Landwirtschaft. Nachdem diese Umwälzung abgeschlossen war, brach der Widerspruch zwischen sozialistischer Staatsmacht und kleinbürgerlicher Bauernschaft in der Periode des Kriegskommunismus erstmals offen auf. Die NEP stellte

die Koexistenz zwischen Staat und Bauern, Staatseigentum und Privateigentum wieder her durch Konzessionen an Privateigentum und Warenhandel. Die Bauern wurden jedoch lediglich „neutralisiert“; nach wie vor waren sie nicht in das System der „Diktatur des Proletariats“ einbezogen. Zwar entwickelte sich im Verlauf der NEP die Klassenspaltung auf dem Land, den Bolschewiki gelang es aber nicht, in der Masse der armen Bauern Fuß zu fassen und ihre Herrschaft in der Dorfarmut zu verankern. Praktisch befand sich die bolschewistische Staatsmacht seit 1919/20 in der Situation eines Minderheitsregimes, das sich gegen den zeitweise offenen, zeitweise latenten Widerstand der Bauernmassen behaupten mußte. Daß unter diesen Umständen von Demokratie keine Rede sein konnte, ist klar.

Die Industrialisierung als Unterjochung der Arbeiterklasse

Entwickelte sich die Kollektivierung entsprechend ihren objektiven Zielen als Kriegszug der Staatsmacht gegen die Bauernschaft, so die Industrialisierung als Kriegszug gegen die Arbeiter.

Wie gegenüber den Bauern, so wird auch gegenüber den Arbeitern die Steigerung der Investitions- und Akkumulationsrate der Staatsindustrie durchgesetzt durch erzwungene Senkung der Konsumtion einerseits, Erhöhung der Arbeitsleistung andererseits; also durch Ausdehnung der Mehrarbeit, die sich der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel kostenlos aneignet.

Der Aufbau der Industrie vollzieht sich von vorneherein im Rückgriff auf kapitalistische Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung: Fesselung der Arbeiter an enge Detailfunktionen im Produktionsprozess; strikte Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, leitender und ausführender Tätigkeit; Unterordnung der Arbeiter unter die Diktatur der „von oben“ eingesetzten Betriebsleitung. Fließband und Akkordsystem, das Anfang der 30er Jahre zur Inkarnation des „sozialistischen Leistungsprinzips“ erklärt wird, sollen die „Leistungszurückhaltung“ der Arbeiter brechen und die Arbeit intensivieren: „Hebung der Arbeitsproduktivität ist unmöglich ohne Liquidierung der kleinbürgerlichen Gleichmacherei und Übergang zum Akkord“, hieß es im Leitartikel der „Prawda“ v. 19.8.1932. Hauptmaxime der staatlichen Lohnpolitik seit Ende der 20er Jahre ist

a) die maximale Aufspaltung der Arbeiter, die Schürung der Konkurrenz in ihren eigenen Reihen;

b) die Züchtung einer Arbeiteraristokratie, materiell privilegiert und politisch eine loyale Stütze des Regimes. Lohnunterschiede innerhalb der Belegschaft desselben Betriebes in einem Verhältnis von 1:20 sind keine Seltenheit („Nur der überdurchschnittliche Erfolg wird belohnt, dieser aber exzessiv. Umgekehrt: wer zurückbleibt, büßt es am Lohn“); höherwertige Konsumgüter, für die Masse unerschwinglich, bleiben den stachanowistischen Rekordarbeitern, den „Normbrechern“ vorbehalten (geräumige Wohnungen, Textilien, Sonderzuwendungen für Lebensmittel etc.)

Die wachsende Differenzierung in den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse vollzieht sich vor dem Hintergrund wachsender Verelendung des Durchschnitts: gegenüber 1928 sinkt der Reallohn der sowjetischen Arbeiter in der 1. Hälfte der 30er Jahre um ca. 3/4. In den Städten und auf den neuen Großbaustellen herrscht katastrophale Wohnungsnot (der Wohnraum pro Einwohner sank in den Städten von 6,1 qm 1927/28 auf 4,0 qm 1939). Gleichzeitig wurden die

Arbeitsnormen in allen Industriezweigen nach oben getrieben. 1929 wurde der Übergang zum vollkontinuierlichen Schichtsystem propagiert, in den 30er Jahren die Arbeitsschutzgesetze gelockert, die in der Praxis ohnehin von der Betriebsleitung mißachtet wurden.

Der elementare Widerstand der (zum Großteil frisch aus der Bauernschaft rekrutierten) Arbeiter gegen diese Ausbeutungsverhältnisse wurde von der „proletarischen Staatsmacht“ mit der Militarisierung der Fabriken beantwortet: ein ganzes Arsenal von Disziplinar- und Strafmaßnahmen (von der Lohnkürzung bis zur Zwangsarbeit wegen „Sabotage“) richtete sich gegen „Disziplinlosigkeit“, gegen „Bummelanten“ und „Faulenzer“. Die aus den 20er Jahren verbliebenen Reste der elementaren Rechte der Arbeiter werden vernichtet: die Gewerkschaften werden vollends zu Staatsorganen, deren Aufgabe in der Hebung von Arbeitsdisziplin und -intensität besteht; die Tarifverträge werden abgeschafft und die Löhne staatlich diktiert; das Streikrecht, von dem die Arbeiter noch bis in die 2. Hälfte der 20er Jahre des öfteren Gebrauch machten, wird aufgehoben, Streik als „konterrevolutionäre Sabotage, d. h. die bewußte Weigerung, eine aufgetragene Aufgabe zu erfüllen, oder ihre Erfüllung mit vorsätzlicher Nachlässigkeit, in der Absicht, die Autorität der Regierung oder eines Regierungsorgans zu schwächen“ mit Freiheitsentzug „nicht unter einem Jahr“ bedroht; in „besonders schwerwiegenden Fällen“ kann die Todesstrafe verhängt werden.

Um die Arbeiter daran zu hindern, sich die Konkurrenz der verschiedenen Staatsbetriebe um Arbeitskräfte zunutze zu machen, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, wurde schließlich im Verlauf der 30er Jahre das Recht auf Freizügigkeit aufgehoben (das, wie der KBW einst richtig erkannte, den freien Lohnarbeiter vom Leibeigenen unterscheidet): die Arbeiter verloren das Recht, ohne Erlaubnis der Betriebsleitung zu kündigen; stattdessen konnten sie ohne ihr Einverständnis an einen anderen Arbeitsplatz, einen anderen Betrieb oder einen anderen Ort versetzt werden. Zugleich erhielt die Betriebsleitung das Recht, einen Arbeiter bei geringfügigen Disziplinarverstößen (mehrfaches Zuspätkommen, unentschuldigtes Fehlen) fristlos zu entlassen, was für den Betroffenen mit schweren Folgen verknüpft war: er erhielt kein Arbeitslosengeld (Anfang der 30er Jahre abgeschafft), mußte umgehend seinen Schlafplatz in der betrieblichen Wohnsiedlung räumen, verlor das Recht auf Krankenversicherung (das er erst nach 6 Monaten Arbeit in einem neuen Betrieb wieder erhielt) und lief Gefahr, als „sozialschädliches Element“ per Verwaltungsakt in ein Straf- oder „Besserungsarbeitslager“ verfrachtet zu werden. (Die bürokratischen Schikanen und die kleinlichen Kontrolluntersuchungen, denen sich ein Arbeiter unterziehen mußte, der krankgeschrieben werden wollte, hätten eigene Untersuchungen verdient; Kostendämpfer Ehrenberg⁴

⁴ Herbert Ehrenberg, Minister für Arbeit und Sozialordnung unter Helmut Schmidt. Mit Ehrenberg (SPD) und seinem ersten „Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz“ begann der Abbau des „Sozialstaats“. Ehrenberg, politisch am rechten Rand der SPD stehend, Mitglied des Seeheimer Kreises, war einer der Lieblingsgegner des KBW. Wegen seiner, verglichen mit den heutigen Zuständen, geringfügigen Kürzungen im Sozialbereich wurde er vom KBW u. a. als „Rentnermörder“ bezeichnet. Das Ministerium Ehrenberg hatte sogar erwogen, dagegen zu klagen. (es aber wohlweislich, und zu unserm Bedauern, unterlassen.)

Eine seiner Amtsnachfolgerinnen, die allgemein bekannte Ulla Schmidt, kandidierte damals (1976) für den KBW zum Landtag von NRW. — Während eine Pressekampagne sich wochenlang mit den angeblich tatsächlichen Steinwürfen des ehemaligen „proletarischen Kämpfers“ J. Fischer („darf ein späterer Außenminister Steine auf Polizisten geworfen haben?“) beschäftigte, wurde Frau Schmidt niemals mit ihrer revolutionären Vergangenheit konfrontiert. Denn damit hätte man auch die Sozial-

würde vor Neid erlassen.)

Selbst das nur in schwachen Anfängen entwickelte Rentensystem (1941 gab es in der SU nur 200.000 Empfänger von Altersrente; die Staatspensionen der Funktionäre natürlich nicht gerechnet) wurde als Disziplinierungsinstrument gegenüber den Arbeitern benutzt: die Höhe der Leistungen der Sozialversicherungen war zum einen direkt an den vorherigen Arbeitslohn gekoppelt, zum anderen an die Länge der ununterbrochenen Beschäftigung.

Auch die staatliche Preis- und Steuerpolitik wird als Hebel zur Beschleunigung der industriellen Akkumulation auf Kosten der Konsumtion der Massen gehandhabt: Im September 1930 wurde eine Steuerreform in Kraft gesetzt, in deren Zentrum die Umsatzsteuer, d. h. die indirekte Besteuerung zur Finanzierung der Verbrauchsgüter, stand. Diese Steuer gewann wachsende Bedeutung zur Finanzierung des Staatshaushalts: 1931 lieferte sie 50,7% der Steuereinnahmen, 1935 stattliche 75,5% . Eine besondere Feinheit bildet die unterschiedliche Besteuerung von Massenbedarfsartikeln und „gehobenen“ Konsumgütern, die im wesentlichen der Bürokratie reserviert blieben: so wurden z. B. Weizen mit 73-74% Steuern belastet, Rindfleisch mit 67-71 %, Radioapparate dagegen mit 25% und Automobile mit ganzen 2%.

In die gleiche Richtung ging die staatliche Preispolitik: Die höchsten Gewinnspannen wurden für Produkte des Massenkonsums angesetzt, speziell landwirtschaftliche Erzeugnisse; so war z. B. der Verkaufspreis für gemahlenes Getreide zeitweise 100 mal höher als der Preis, den der Staat den Kolchosen für das Getreide zahlte.

Wie in jeder Klassengesellschaft, so entwickelte sich auch in der SU der gesellschaftliche Reichtum in antagonistischen Formen: die elenden Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern, ihre brutale Ausbeutung und Entrechtung bildeten die Basis für die explosive Akkumulation des in den Händen der Staatsbürokratie konzentrierten Kapitals. Der Wert des fixen Kapitals der sowjetischen Industrie (in Preisen von 1933) stieg von 10,3 Mrd. Rubel 1928 auf 22,6 Mrd. im Jahr 1932 und 59,9 Mrd. in 1937. Gleichzeitig kehrten sich die Proportionen zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie um: entfielen auf die Produktionsmittelindustrie 1927 noch 32,8% der industriellen Bruttoproduktion (entsprechend 67,2% auf die Konsumgüterindustrie), so waren es 1932 bereits 53,3% und 1940 61,0% — deutlicher Ausdruck der Unterordnung der Konsumtion der Massen unter die Akkumulation des Kapitals.

Zwangsarbeit — Die Gewalt als ökonomische Potenz

Ein zentraler Hebel der Industrialisierung der SU war die Zwangsarbeit in mannigfachen Variationen und Abstufungen, von der „Strafarbeit“ zu vermindertem Lohn am alten Arbeitsplatz bis zur Vernichtung durch Arbeit in den Bergwerken der Kolyma oder den Holzfällern Sibiriens. „Konzentrationslager“ zur Isolierung von widerspenstigen Angehörigen der alten Ausbeuterklassen gab es bereits während des Bürgerkriegs. Doch erst mit Beginn der Kollektivierung und Industrialisierung im Eiltempo wurde das System der Straflager in großem Maßstab ausgebaut, erfaßte Millionen Werktätige und wurde zu einem erstrangigen öko-

politik der BRD öffentlich zur Diskussion stellen müssen, und die verträgt das nicht.

Herbert Ehrenberg steht, „Stern“ und „SPIEGEL“ zufolge, offenbar heute am linken Rand der SPD („Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten in der SPD“), was immer das heißt. Ulla Schmidt ist Mitglied des Seeheimer Kreises.

nomischen Faktor. Der NKWD (Ministerium für Staatssicherheit), dem die Verwaltung der Arbeitslager oblag, erhielt im Wirtschaftsplan für 1941 18% der Gesamtinvestitionen zugewiesen. In diesem Jahr unterstanden ihm 1,77 Mio Arbeiter auf Baustellen, dazu kommen noch die in den Bergwerken, Forstbetrieben und Fabriken eingesetzten Zwangsarbeiter. Ein großer Teil der industriellen Infrastruktur der SU wurde durch Sträflingsarbeit errichtet; Zwangsarbeiter schanzten beim Bau der großen Schiffahrtskanäle wie der Transsibirischen Bahnstrecke, der Anlage von Fernstraßen, im Bergbau und der Landkultivierung im Norden und Osten. Sträflingsarbeit spielte die Hauptrolle in der Holzgewinnung, neben Getreide der wichtigste Exportzweig. Überall, wo die Arbeits- und Lebensbedingungen extrem hart waren, griff der Staat auf Zwangsarbeiter als billigste und rechtlose Arbeitskraft zurück. Der massenhafte, rücksichtslose Einsatz menschlicher Arbeitskraft ersetzte konstantes Kapital.

Außerökonomische, staatliche Gewalt hat in der SU die tragende Rolle im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation gespielt. Das ist keine Besonderheit, sondern entspricht einer generellen Tendenz der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals:

„alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in der kapitalistischen Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen.“
(MEW 23, 779)

Herausbildung der neuen Bourgeoisie

Im Prozeß der Kollektivierung und Industrialisierung werden die Klassenverhältnisse in der SU umgewälzt und formieren sich neu: auf dem einen Pol der Gesellschaft bildet sich ein riesiges industrielles und landwirtschaftliches Proletariat; auf dem anderen Pol konstituiert sich mit der Verselbständigung des Staates gegenüber den Produzenten die Bürokratie als neue herrschende Klasse, die gestützt auf den Staatsapparat über die Produktionsmittel verfügt und sich das gesellschaftliche Mehrprodukt aneignet. Der Liquidierung der revolutionären Demokratie entspricht die Trennung des Proletariats von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Produkte, d. h. seine Rückverwandlung in eine Klasse von eigentumslosen Lohnarbeitern, die jetzt das besondere Pech haben, einem Staatsmonopol gegenüberzustehen, das die Bedingungen des Verkaufs und der Verausgabung der Arbeitskraft diktieren kann.

Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist die Übernahme und der Ausbau der vom Zarismus ererbten Staatsmaschine durch die Bolschewiki. In den der Oktoberrevolution folgenden Jahren wird die Machtvollkommenheit des Staates noch gesteigert durch die Konzentration von politischer und ökonomischer Macht in seiner Hand. Mit der Entwicklung der verstaatlichten Wirtschaft dehnen sich auch Umfang und Funktionen der Staatsbürokratie aus: sie plant, organisiert und leitet die gesellschaftliche Produktion, vermittelt den Austausch und betreibt den Ausbau der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Produktion (Ausbildung, Verkehrswesen etc). An die Stelle der alten, vom Zarismus übernommenen Bürokratie tritt eine neue, „kommunistische“ Bürokratie, die direkt mit der Entwicklung des Staatseigentums und der Planwirtschaft verbunden ist. Diese Bürokratie ist weitgehend identisch mit der „Klasse der werktätigen Intelligenz“, der Stalin 1939 neben den Arbeitern und Bauern einen selbständigen

Platz im System des entwickelten „Sozialismus“ zuspricht: die hauptamtlichen Parteifunktionäre, Staatsbeamten, Betriebsdirektoren und Wirtschaftsführer, Kolchos-Vorsitzenden und Leiter der Maschinen-Traktoren-Stationen, Offiziere der Roten Armee und des NKWD, Wissenschaftler, Ingenieure, Künstler und Schriftsteller — alles in allem 1937 rund 14% und 1939 17,5% der Gesamtbevölkerung. Der Grad, an dem die Mitglieder dieser Klasse an der effektiven Ausübung der politischen Macht teilnehmen sowie ihr individueller Anteil am Mehrprodukt hängen ab von ihrer Stellung innerhalb der bürokratischen Hierarchie, deren Gipfel der Generalsekretär der KPdSU bildet.

Diese Bürokratie übernimmt in der SU die historische Rolle der Bourgeoisie: sie wird zum Agenten der kapitalistischen Akkumulation, deren Zwecken sie alle Klassen und Einrichtungen der Gesellschaft unterordnet. Mit den materiellen Produktionsmitteln konzentriert die Bürokratie auch alle Mittel der geistigen Produktion in ihren Händen und errichtet ihr politisches und kulturelles Monopol: Kritik an der herrschenden Ordnung wird als „konterrevolutionäres Verbrechen“ verfolgt.

Parallel zur Formierung der Bürokratie zur herrschenden Klasse wird auch die KPdSU in ihrer politischen und sozialen Zusammensetzung umgewälzt: sie wird zur Klassenpartei der neuen Bourgeoisie. Dieser Prozeß wird abgeschlossen mit der „großen Säuberung“ 1936-38, in deren Verlauf die politische Polizei zum hauptsächlichen Machtorgan innerhalb des Partei- und Staatsapparats auswächst. Zwischen 1933 und 1939 schrumpft die Partei infolge der Säuberung von 3,6 auf 1,9 Millionen Mitglieder und Kandidaten; in diesem Zeitraum wird die „alte Garde“ der bolschewistischen Kader, die noch durch ihre persönliche und politische Geschichte mit der Oktoberrevolution verbunden waren, weitgehend ihrer Funktionen enthoben, eingesperrt oder/ und hingerichtet (— nicht nur die Vertreter der „linken“ oder „rechten“ Opposition: Von den 1934 auf dem „Parteitag des Sieges“ gewählten 140 ZK-Mitgliedern sind 1939 noch 15 übrig; von den Delegierten dieses Kongresses wurden ca. 60% verhaftet und/oder umgebracht).

Als unvermeidliche Begleiterscheinung der Erhebung der Bürokratie zur herrschenden Klasse entwickelt sich der Gegensatz zwischen ihren Lebensbedingungen und jenen der arbeitenden Klassen, zwischen arm und reich, Elend und Überfluß. Im Prinzip sind alle heute einschlägig bekannten Erscheinungen der Privilegierung der herrschenden Bürokratie bereits in den 30er Jahren vorhanden: „Lux“-Geschäfte, die den Partei- und Staatsfunktionären vorbehalten bleiben und alle Edelprodukte des westlichen Imperialismus führen; Luxuskarossen und Herrenhäuser nebst Dienstpersonal für „leitende Kader“ etc pp. Die enormen Unterschiede in Einkommen und Lebensverhältnissen zwischen den arbeitenden Klassen und den Angehörigen der herrschenden Bürokratie verweisen auf den ihnen zugrundeliegenden Gegensatz ihrer Klasseninteressen. (Während das Durchschnittseinkommen aller Arbeiter und Angestellten in der SU 1936 231 Rubel im Monat erreichte 2.772 Rubel im Jahr, berichtete etwa die „Iswestia“ im Januar 1938, daß der Präsident des Obersten Sowjets der UDSSR und seine Stellvertreter 150.000 Rubel p. a. „verdienen“. Fabrikdirektoren kamen auf ca. 24.000 Rubel im Jahr — ohne Prämien, deren Höhe vom Grad der Planerfüllung abhängig war und die noch einmal die gleiche Summe erreichen konnte. Die offizielle Einkommensteuertabelle erfaßte Einkommen von weniger als 1.800 Rubel/Jahr bis über 300.000 Rubel/Jahr. Ähnlich die Skala der Erbschaftssteuer: während die Sowjetmacht 1918 per Dekret alle Erbschaften über 10.000 Rubel konfisziert hatte, existierte 1929 wieder eine Erbschaftssteuertabelle, die

Vermögen bis 500.000 Rubel und mehr erfaßte.

In der Roten Armee spiegelte sich der Klassengegensatz zwischen einfachen Soldaten und höheren Offizieren in der Besoldung wider: während ein gemeiner Rotarmist im 2. Weltkrieg 10 Rubel pro Monat erhielt, wurde ein Leutnant mit 1.000 und ein Oberst mit 2.400 Rubel bedacht. (Die entsprechenden Proportionen in der US-Army: 50/150/333 Dollar).

Die grundlegende Voraussetzung für die Verselbständigung der Staatsbürokratie zur herrschenden Klasse war die Schwäche der sozialen Klassen in Russland: der Adel völlig abgewirtschaftet, die Bourgeoisie nur punktuell entwickelt, politisch und ökonomisch mit dem Adel verquickt und zur konsequenten Umgestaltung der alten Gesellschaft unfähig (Landreform) — auf der anderen Seite die Arbeiterklasse eine verschwindende Minderheit (von ca. 3 Millionen) im Meer der über 100 Millionen Bauern; zwar voller revolutionärer Kampfbereitschaft, aber ohne tiefverwurzelte politische und gewerkschaftliche Klassenorganisationen und Kampftraditionen (die russische Arbeiterbewegung war erstmals Ende des 19. Jahrhunderts mit einigen großen Streiks auf den Plan getreten). Die Bauern schließlich zwar fähig zur Zerstörung der feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Land, aber aufgrund ihrer zersplitterten Produktionsweise, ihrer zwiespältigen Klassenlage und ihrer kulturellen Rückständigkeit außerstande, sich selbst zur herrschenden Klasse zu erheben.

Die Bourgeoisie also schon nicht mehr zur gesellschaftlichen Herrschaft fähig, das Proletariat noch nicht: in dieser Situation des „Vakuums“ der Macht und der gegenseitigen Paralysierung der Klassenkräfte konnte sich die neue Staatsbürokratie zum Herren über alle Klassen der Gesellschaft aufschwingen. Ihre Macht beruhte auf ihrer tatsächlichen Funktion als Agent der sozialen Umwälzung und der Entfaltung der Produktivkräfte; daß sie konsequent wie keine Klasse zuvor die bürgerliche Revolution durchsetzte und durch die Vernichtung der alten Ausbeuterklassen die Voraussetzungen für die rapide industrielle und kulturelle Entwicklung Russlands schuf, verlieh ihr selbst in den Augen großer Teile der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen die Aura einer fortschrittlichen, revolutionären Kraft, die Russland aus halbmittelalterlicher Rückständigkeit auf in Höhen einer modernen Großmacht führte (und der „Sowjetpatriotismus“ wurde von der neuen Klasse weidlich als ideologischer Kitt ausgeschlachtet, v. a. im 2. Weltkrieg, als der russische Nationalismus in der staatlichen Propaganda Triumphe feierte).

Gestärkt wurde die Autorität der neuen Klasse durch die Tatsache, daß ihre Macht nicht an ererbte Privilegien geknüpft, sondern unmittelbar mit ihrer Funktion im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß verknüpft war. Nirgendwo schien das „Leistungsprinzip“ so vollständig verwirklicht wie in der SU: der Zugang zu den leitenden Funktionen, d. h. der Aufstieg in die herrschende Klasse, stand prinzipiell jedem Tüchtigen offen, proletarische Herkunft zählte sogar als Plus. (Inzwischen rekrutiert die herrschende Klasse ihren Führungsnachwuchs hauptsächlich aus den eigenen Reihen; die Wurzeln dieser Abschottung gegen unten reichen freilich wieder bis in die 30er Jahre zurück — z. B. die Wiedereinführung von Schulgeld für höhere Schulen und Universitäten und die Schaffung von Eliteschulen für den Funktionärsnachwuchs). Der Übergang von den arbeitenden Klassen zur herrschenden Klasse ist also fließend und verläuft über Zwischenstufen: das verdeckt ihren Gegensatz und sichert der Staatsbourgeoisie eine relativ breite soziale Basis.

„Entstalinisierung“/ Chruschtschow-Reformen

Die politische und ideologische Herrschaft der Staatsbourgeoisie geriet Ende der 40er/ Anfang der 50er Jahre in dem Maß in eine Krise, in dem der neue Widerspruch zwischen den machtvoll entwickelten gesellschaftlichen Produktivkräften der Arbeit und dem System der bürokratischen Vergesellschaftung (den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen) mit seiner starren Überzentralisierung, seiner Unterdrückung der Initiative von unten, seiner Lähmung der wissenschaftlich-technischen Innovation sich entfaltet. Die unter Führung Chruschtschows unter dem Etikett der „Entstalinisierung“ eingeleiteten wirtschaftlichen und politischen Reformen (— begrenzte „Liberalisierung“, stärkerer „materieller Anreiz“, Verbesserung der Lebensbedingungen der Kolchosbauern und der Arbeiter, zeitweise stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, Experimente mit der Dezentralisierung der ökonomischen Planung und Leitung, Rückgriff auf „Marktmechanismen“ und das Prinzip des einzelbetrieblichen Gewinns als Rationalitätskriterium) waren die Antwort (eines Flügels) der Staatsbourgeoisie auf die krisenhafte Zuspitzung der ökonomischen und politischen Widersprüche (chronische Krise der Landwirtschaft, Disproportionalität zwischen Schwer- und Leichtindustrie, Stagnieren der Arbeitsproduktivität). Sie stehen am Ende eines Abschnitts der sozialökonomischen Entwicklung der SU — des Aufbaus der industriellen Grundlagen — und markieren den Übergang zu einer neuen Phase der Kapitalakkumulation (vom primär „extensiven“, auf der Produktion des absoluten Mehrwerts basierenden, zum primär- „intensiven“, auf der Produktion des relativen Mehrwerts basierenden Wachstum). Die alte, hauptsächlich auf einem abgestuften System der Zwangsarbeit basierende Ordnung war disfunktional geworden: die neue Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte erforderte ein verändertes Verhältnis der Arbeiter zu den Produktionsmitteln, ein flexibleres System der Planung und Leitung der Produktion. Die begrenzte „Liberalisierung“ auf ideologisch-kulturellem Gebiet trug der gewachsenen Bedeutung der Intelligenz im Produktions- und Reproduktionsprozeß Rechnung (es müssen Zugeständnisse gemacht werden, um sie für die Kooperation mit dem Regime zu gewinnen) und steuerte zugleich der drohenden Verödung der wissenschaftlichen Produktion unter dem Diktat der politischen Polizei entgegen (Lysenko-Affäre).

Die These vom „Staatsstreich der Chruschtschow-Clique auf dem XX. Parteitag“ ist ein bequemes Märchen für Leute, die nach einem billigen Alibi suchen, um allen unbequemen Fragen aus dem Weg zu gehen und ihre Vorurteile zu retten. Die Chruschtschow-Reformen haben substantiell nichts an den überkommenen Klassenverhältnissen geändert; sie haben das herrschende System bloß entsprechend seinen veränderten Existenzbedingungen reformiert, um es aufrechtzuerhalten. Weder mußten die Chruschtschow & Co. den bürgerlichen Staatsapparat restaurieren, noch die Lohnarbeit wiederherstellen: sie fanden beides schon vor. Wenn die „Diktatur des Proletariats“ in der SU durch einen bloßen Personenwechsel an der Spitze des Staatsapparats in eine „sozialfaschistische Diktatur“ verwandelt werden konnte, scheinen beide eher Verwandte als Gegensätze zu sein — diesen Schluß könnte man auch aus der Propaganda ziehen, die manche Organisationen für den Sozialismus treiben; z. B. wenn der KBW die Diktatur des Proletariats auf den allgemeinen Arbeitszwang herunterbringt. Nun ist es ja nicht so, daß im KBW-Programm nicht richtige Grundsätze über die politische Form (Demokratie) und die sozialen Ziele der proletarischen Revolution enthalten wären. Nur spielen diese Grundsätze für den KBW überhaupt keine Rolle, wenn es darum geht, den

Charakter der SU vor 1956 zu untersuchen: daß in der SU bereits unter Stalins Regentschaft weder von revolutionärer Demokratie noch von sozialer Befreiung im Ernst die Rede sein kann, hindert den KBW (wie viele andere) nicht daran, sie bis jenem unglücklichen Parteitag für ein sozialistisches Land und Stalin für einen „großen Marxisten-Leninisten“ zu halten. Das wirft natürlich ein Licht auf das trübe Verständnis, das diese Organisationen vom Sozialismus wie vom Marxismus haben.

Imperialistische Großmachtpolitik

Auch der Beginn der imperialistischen Großmachtpolitik der SU reicht weit vor den XX. Parteitag zurück. In der ersten Phase, einsetzend mit der beschleunigten Industrialisierung, erfolgt die „innere Kolonisierung“ des Landes in den Fußstapfen der zaristischen Tradition: die strikte Unterwerfung der nationalen Minderheiten (von der Ukraine bis Fernost) unter die Vormundschaft und Kontrolle der Zentralbürokratie bedeutet zugleich ihre Unterwerfung unter die Vorherrschaft der russischen Nation — Russen und russifizierte Assimilados (wie Stalin) hatten die übergroße Mehrheit der herrschenden Funktionen inne (selbst in den Gebieten der nichtrussischen Nationen). Die Rohstoffvorkommen der nationalen Minderheiten wurden juristisch zum Eigentum der Gesamtunion erklärt und faktisch ihrer Souveränität entzogen, wie überhaupt die formell selbständigen Teilrepubliken und autonomen Gebiete ökonomisch und politisch in jeder Hinsicht von der Zentralbürokratie abhängig waren und kontrolliert wurden.

Der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der nationalen Minderheiten, die Fortsetzung der großrussischen Kolonialpolitik gegenüber den anderen Völkerschaften kündigt sich bereits in der Phase des Bürgerkriegs an (Ukraine, Georgien). Bekannt ist Lenins bittere Intervention gegen die von Stalin inszenierte georgische „Strafexpedition“.

Nachdem bereits in den 20er und Anfang der 30er Jahre die bürgerlich-nationalistischen Kräfte in den nichtrussischen Gebieten ausgeschaltet worden waren, spielte die Unterdrückung jeglicher Autonomiebestrebungen der nationalen Minderheiten nocheinmal in der „großen Säuberung“ 1936-38 eine zentrale Rolle: jetzt wurden die kommunistischen Parteiführungen und Regierungen der nichtrussischen Republiken und Bezirke fast vollständig hinweggefegt (in der Ukraine z. B. wurde praktisch der gesamte Parteiapparat durch die Abgesandten der Zentrale (Chruschtschow) zertrümmert). Mao Zedong faßte die Lage 1956 so zusammen: „In der SU sind die Beziehungen zwischen der russischen Nationalität und den nationalen Minderheiten überaus abnorm“ (Über die 10 großen Beziehungen).

Der „inneren Kolonisierung“ folgte die Expansion nach außen, sobald in der SU selbst die industriellen Grundlagen für eine imperialistische Großmachtpolitik gelegt waren. Markstein dieser nach außen gewendeten Expansionsbestrebungen ist der „Hitler-Stalin-Pakt“ vom August/ September 1939 (Nichtangriffspakt und deutsch sowjetischer Freundschafts- und Grenzvertrag), der eine lupenrein imperialistische Aufteilung Osteuropas zwischen den beiden Großmächten vorsah, die in den folgenden beiden Jahren getreulich vollzogen wurde: zunächst die schieflich-friedliche Eroberung und Teilung Polens, dann die Annexion der baltischen Staaten, Bessarabiens und der Bukowina durch die SU und der Krieg mit folgenden territorialen Annexionen gegen Finland. Nach dem deutschen Überfall setzte die Bürokratie ihre Expansionspolitik im Rahmen der „Anti-Hitler-Koalition“ fort: die Abkommen von Jalta

und Potsdam sind Abkommen zur Neuverteilung der Einflusssphären in Europa und Asien, in denen sich die SU die Ausdehnung ihres Machtbereichs auf ganz Osteuropa sicherte. In Asien geschah der Kriegseintritt der SU gegen Japan in allerletzter Minute zu keinem anderen Zweck, als sich die vertraglich zugesicherten „Rechte“ auf Sachalin und die Kurilen sowie auf Einbeziehung der Mandschurei in ihre Einflusssphäre zu sichern (entsprechende Verträge 1945 mit der Tschiang-Kai-schek-Regierung).

Die in Osteuropa (Ausnahmen: Jugoslawien und, mit Abstrichen, die CSSR und Albanien) durch die Rote Armee installierten Volksdemokratien hatten von Anfang an den Charakter von Halbkolonien, deren Ressourcen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der SU herangezogen wurden (besonders die DDR mußte horrenden Reparationsleistungen erbringen, die sie in ihrem eigenen Aufbau zurückwarf und die inneren Widersprüche verschärfte). Die heute als Beweis für den imperialistischen Charakter der SU und ihrer Beziehungen zu den „Bruderländern“ genommenen ungleichen Verträge sind alles andere als neu: sie definieren von Anfang an die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der SU und ihren „Verbündeten“ (ungleicher Tausch etc.) als Beziehungen der Ausplünderung und Bevormundung.

Die Auflehnung gegen die von der SU praktizierte nationale Unterdrückung war eine Haupttriebkraft der Aufstandsbewegungen in der DDR (1953), Ungarn und Polen (1956). Die sowjetische Militärintervention zur Niederwerfung der ostdeutschen und ungarischen Revolte diente sowenig der „Verteidigung des Friedens und des Sozialismus“ wie die CSSR-Invasion 1968: die Sowjetunion war 1953 sowenig eine sozialistische Macht wie 1968, und der „proletarische Internationalismus“ mußte schon zu Stalins Zeiten als Deckmäntelchen für sowjetische Großmachtpolitik herhalten.

Theorie und Politik der Bolschewiki

Bisher wurde hauptsächlich die objektive Entwicklung der Klassen und Klassenkämpfe in der SU dargestellt. Im folgenden soll die Frage erörtert werden, welche Rolle die Politik der KPR in dieser Entwicklung gespielt hat. War das Scheitern der sozialistischen Revolution in der SU zwangsläufiges Resultat der inneren Rückständigkeit und äußeren Isolation des Landes; wurde der eingeschlagene Weg der Partei durch die objektiven ökonomischen und politischen Zwänge aufgenötigt, oder hat es realistische Alternativen zu diesem Weg gegeben? Die Frage, „was wäre gewesen, wenn“ die Bolschewiki in dieser oder jener Situation des Klassenkampfes in der SU eine andere Politik verfolgt hätten, ist spekulativ. Was wir allein untersuchen und beantworten können ist die Frage, inwieweit die Politik der Partei bestimmte, in den objektiven Entwicklungsbedingungen der russischen Revolution angelegte Tendenzen verstärkt hat, die letztlich in das „Umkippen“ der proletarischen Revolution in eine bürgerlich-bürokratische Konterrevolution mündeten.

Von „Fehlern“ der Partei zu reden ist überhaupt nur sinnvoll, solange man von ihrem proletarisch-revolutionären Charakter ausgeht — spätestens in den 30er Jahren muss von den Interessen der herrschenden Bürokratie ausgegangen werden, die mit bestimmten Entscheidungen der Parteiführung verfolgt und mit bestimmten Theorien ideologisch bemäntelt werden. Dies im Gegensatz zur bekannten These Maos, die die „Fehler und Verdienste“ Stalins im Verhältnis von 30:70 ansetzt. Die implizite theoretische und praktische Kritik der KPdSU unter Stalins Führung durch die chinesischen Kommunisten war zumindest zeitweise wesent-

lich radikaler als diese diplomatische Einschätzung, so in der Frage der Politik gegenüber der Bauern, der Massenlinie und der Demokratie, der Wirtschaftspolitik, der Fabrikordnung etc.

Die „Fehler“ Stalins sind keine Fehler, sondern Ausdruck von Klasseninteressen, die denen des Proletariats und der armen Bauern feindlich gegenüberstanden (wobei seine „subjektiven“ Absichten und Vorstellungen herzlich gleichgültig sind). In den Händen der von Stalin repräsentierten neuen Bourgeoisie verkommt der Marxismus zu einem bloßen Rechtfertigungsinstrument, das je nach tagespolitischer Opportunität mal so, mal so eingesetzt wird: nachzuverfolgen etwa an den sich abwechselnden Thesen von der „Verschärfung des Klassenkampfes“ und vom Einschlafen des Klassenkampfes (Verschwinden aller antagonistischen Widersprüche) im Aufbau des Sozialismus, oder in der fast übergangslos wechselnden offiziellen Einschätzung der „demokratischen“ imperialistischen Mächte 1935-1948 (mal friedliebende Imperialisten, mal Hauptkriegstreiber, dann bloß noch demokratische Mächte und schließlich wieder aggressive Imperialisten). Wer die Durchsetzung des Revisionismus in der SU mit Vorliebe an seinen theoretischen Äußerungen festmacht, wird weit vor 1956 fündig werden: es finden sich bereits die Thesen von der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus als Hauptform der gegenseitigen Beziehungen ebenso wie die These vom „Staat des ganzen Volkes“ (in der Stalinschen Behauptung von 1939, der Sowjetstaat habe mit dem Verschwinden der antagonistischen Klassen), die Funktion der Klassenunterdrückung verloren, die originellerweise gekoppelt ist mit der These, daß das „Absterben des Staates nicht durch die Schwächung der Staatsmacht erfolgt, sondern durch ihre maximale Verstärkung“, und daß unter den besonderen Bedingungen der Isolation der SU durchaus der Übergang zum Kommunismus mit dem Fortbestehen des Staatsapparats vereinbar sei; auch die entsprechenden Ratschläge, den Übergang zum Sozialismus via Parlamentarismus einzuschlagen, haben Stalin und Molotow den spanischen Arbeitern schon 1936 erteilt. Es mag noch angehen, die überstürzte Bauernmassen aufgezwungene Kollektivierungskampagne 1929-32 als „Fehler“ zu bezeichnen, der aus einer Krisensituation heraus begangen wurde; völlig absurd wird die Kategorie des „Fehlers“ zur Erklärung der folgenden, zielstrebig durchgeführten staatlichen Maßnahmen zur Unterwerfung der arbeitenden Klasse unter ein ausgeklügeltes Regime der Zwangsarbeit, zur Erklärung der millionenverschlingenden Säuberungen, zur Erklärung der imperialistischen Tendenzen in der sowjetischen Außenpolitik, der Nationalitätenunterdrückung etc. Auch die typische Disproportionalität im Verhältnis zwischen Schwerindustrie und Leichtindustrie, das Mißverhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der von Konsumgütern ist kein Resultat von „Fehlern“ Stalins und der nachfolgenden Führungsgarnituren, sondern Ausdruck des staatskapitalistischen Charakters der sowjetischen Ökonomie, in der die Akkumulation des Kapitals auf Kosten der Konsumtion der Massen vorangetrieben wird und der Ausbau der Schwerindustrie die militärisch-technisch Basis für die expansionistische Großmachtspolitik der SU abgibt.

Wenn wir also „Fehler“ der Partei suchen, die den Sieg des Revisionismus begünstigt haben, müssen wir uns in der Periode vor der Verfestigung des staatskapitalistischen Systems umsehen.

Demokratie und Sozialismus, Partei und Klasse

Unter dem Druck äußerer Umstände: Bürgerkrieg und imperialistische Intervention, ökonomische Zerrüttung, kulturelle Rückständigkeit der Massen, weicht die Partei zunächst von dem in „Staat und Revolution“ formulierten Programm der Zerschlagung der bürgerlich-bürokratischen Staatsmaschine und der Errichtung der proletarischen Demokratie nach dem Vorbild der Pariser Kommune ab, um schließlich aus der Not eine Tugend zu machen und dieses Programm ganz fallen zu lassen: In der Verfassung von 1936 tauchen die Prinzipien des revolutionären Demokratismus nur noch als verblichene Bruchstücke am Rande auf, die Aufgabe der Zerstörung der bürokratischen Staatsmacht (stehendes Heer und berufsmäßige Polizei, Beamtenkörper etc), der Ausübung und Kontrolle aller noch verbliebenen staatlichen Funktionen durch die selbstorganisierten Produzenten, wird auch theoretisch nicht mehr gestellt — in der Praxis hat sich 1936 ohnehin längst die „Vervollkommnung der bürokratischen Staatsmaschine“ verfestigt, die nach Marx das Ergebnis aller bisherigen (vorproletarischen) Revolutionen war.

Die Tendenz, den Aufbau des Sozialismus von der Realisierung der proletarischen Demokratie zu trennen, findet sich bereits in den Schriften Lenins zu den Aufgaben der Partei und der „Sowjetmacht“ seit 1918 — im ausdrücklichen Widerspruch zu den programmatischen Positionen, die er etwa in Staat und Revolution, in seinen Thesen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur auf dem 1. Komintern-Kongreß oder in seinen Vorlesungen über den Staat aus dem Jahr 1919 formuliert hat. Unter den konkreten Bedingungen der russischen Revolution bekämpft Lenin alle Forderungen nach konsequenter Verwirklichung der Rätedemokratie, nach Leitung der Betriebe und der ganzen Wirtschaft durch Arbeiterräte, nach uneingeschränkter Durchsetzung der politischen Freiheiten für die arbeitenden Klassen als „anarchosystemalistische Abweichungen“, weil sie die „führende Rolle der Partei genauer: die uneingeschränkte Ausübung der Macht durch die Partei in Frage stellen. (vgl. die Auseinandersetzung mit der „Arbeiteropposition“ auf dem X. Parteitag im Frühjahr 1921, gleichzeitig mit der Kronstadter Rebellion). Herrschaft der Partei und Herrschaft der Klasse sind für Lenin eins: die Diktatur der Klasse wird durch die Diktatur der Partei verwirklicht, die über ein System von Massenorganisationen („Transmissionsriemen“) die Führung der Klasse wahrnimmt. „Die Partei ist die unmittelbar regierende Vorhut des Proletariats, sie ist der Führer“; die Gewerkschaften „sind das Reservoir der Staatsmacht, eine Schule des Kommunismus, eine Schule des Wirtschaftens“. (Nocheinmal über die Gewerkschaften, AW III, S. 619)

„Der Staat aber, das sind die Arbeiter, das ist der fortgeschrittenste Teil der Arbeiter, das ist die Vorhut, das sind wir.“ (Politischer Bericht auf dem XI. Parteitag der KPR/1922, AW III, 780)

Keine wichtige Entscheidung fällt ohne Billigung des ZK der KPR — die Partei ist der Inhaber der Staatsmacht, die Sowjets degenerieren mehr und mehr zur bloßen Fassade (nachdem alle anderen proletarischen und kleinbürgerlichen Parteien 1918/1920 unterdrückt worden sind, erstirbt notwendigerweise auch das politische Leben in den Sowjets: sie werden zum Vollzugorgan der Politik und Beschlüsse der KPR). Hinter dieser Fassade besteht der alte Staatsapparat weiter, ein „abscheuliches zaristisch-bürgerliches Gemisch“ (AW III, 847/876):

das Problem ist offenkundig nicht einfach das der Ersetzung der alten, zaristisch-bürgerlichen Beamten durch neue, kommunistische, sondern das der Zerstörung dieses Apparates, dessen Struktur die Massen daran hindert, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. So besteht die „proletarische Staatsmacht“ von vorneherein nicht in der realen Ausübung der politischen und ökonomischen Macht durch die bewaffneten Proletarier (im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen), sondern in der stellvertretenden Herrschaft der Partei vermittelt des alten, bürokratischen Staatsapparats, der die Initiative der Massen fesselt. Der proletarische Charakter dieser Staatsmacht wird einzig „garantiert“ durch die „Prinzipienfestigkeit“ der Partei; eine effektive Kontrolle der Partei durch das Proletariat gibt es ebensowenig wie eine Kontrolle der Staatsmacht durch die Massen. Da die Partei als „Avantgarde des Proletariats“ per Definition die objektiven Klasseninteressen der Arbeiter repräsentiert, können offen aufbrechende Widersprüche zwischen Partei und Klasse (Kronstadt 1921) nur mit der „Unreife“ der Arbeiter und mit dem Einfluß „klassenfremder“, kleinbürgerlicher Ideologie erklärt werden (oder noch krasser als Werk konterrevolutionärer Agenten).

Die Beziehung zwischen Partei und Klasse ist eine Einbahnstraße: die Partei führt, erzieht, lehrt, organisiert die Massen; sie ist das wahre Subjekt der Revolution. Diese einseitige Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Klasse, in der die Verselbständigung der Partei zum Stellvertreter und schließlich zum Beherrscher über die Klasse bereits angelegt ist, zieht sich durch das ganze Werk Lenins. In „Was Tun?“ (1903) treibt er die These Kautskys, daß der wissenschaftliche Sozialismus außerhalb der Arbeiterbewegung entstanden sei und durch die marxistische Intelligenz in die Arbeiterklasse getragen werden müsse, auf die Spitze: die spontane Arbeiterbewegung sei schlechthin unfähig, die Grenzen bürgerlicher Ideologie und reformistischer Politik zu durchbrechen; das revolutionäre Klassenbewußtsein sei in der Partei konzentriert, die es „von außen“ in die Arbeiterbewegung hineinbringen muss. Damit ist aber auch die Partei selber außerhalb und über die Arbeiterbewegung gestellt:

„Man darf doch wirklich nicht die Partei als Vortrupp mit der gesamten Klasse verwechseln (. . .) Wir sind die Partei der Klasse, und deshalb muss fast die gesamte Klasse (und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkriegs, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln.“ (LW 7,257/1904).

Diese Überhöhung der Partei, die Tendenz, sich zum Stellvertreter der Klasse aufzuwerfen, der in ihrem Namen die Macht ausübt und die von der Partei definierten „historischen Interessen“ des Proletariats wenn nötig auch gegen das wirkliche Proletariat durchsetzt, hatte ihre objektive Grundlage in dem noch unentwickelten Stand der kapitalistischen Klassenverhältnisse in Russland und dem noch entsprechend embryonalen Zustand der russischen Arbeiterbewegung. Von Anfang an vorhanden, wurde sie nach der Eroberung der politischen Macht noch gesteigert durch die Zerrüttung von Krieg und Bürgerkrieg, in denen das russische Proletariat 1920/21 weitgehend aufgegeben wurde.

Die krisenhafte Situation der revolutionären Macht war es auch, die Lenin und die bolschewistische Parteiführung auf dem X. Parteitag (1921) dazu veranlaßte, die bis dahin praktisch uneingeschränkte innerparteiliche Demokratie straffer zu regeln und das „Fraktionsverbot“ durchzusetzen, d. h. das Verbot der Bildung organisierter Richtung quer zur Organisationsstruktur der Partei (mit Ausnahme der Wahlen zu den leitenden Parteikörperschaften: hier sollte die Aufstellung konkurrierender Plattformen weiter möglich sein.). Worum es Lenin

geht, ist die Abwendung der Gefahr von Spaltungen und die Stärkung der Einheit der Partei: Die „Willenseinheit der Avangarde des Proletariats“ sei „die Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats“ (AW III, 660) — in einer Situation, in der, wie wir gesehen haben, diese Diktatur tatsächlich ausgeübt wird von der Partei, die sich nur durch Anspannung aller Kräfte und mit „eisernem Willen“ gegen die sie umgebende Welt von Feinden an der Macht behaupten kann.

Die Ablehnung der Forderungen der „Arbeiteropposition“ nach Stärkung der Fabrikkomitees und der Räte als gegen die Diktatur des Proletariats gerichtete „anarchosyndikalische Abweichung“ fiel also zusammen mit der Einschränkung der Demokratie und der Stärkung des Zentralismus innerhalb der Partei selbst: in der Situation des Bürgerkriegs und des Belagerungszustands erscheint die Demokratie als ein „erstaunlicher Luxus“, auf den im Zweifelsfall verzichtet werden kann und muss (AW III, 642). („Produktion ist immer nötig, Demokratie nicht“).

Tatsächlich ist die (Räte-)Demokratie aber unerläßliche Bedingung dafür, daß die arbeitenden Klassen ihre politische Einheit und Selbständigkeit verwirklichen und ihre soziale Befreiung erkämpfen können; innerhalb der Partei ist die offene Auseinandersetzung (die „Freiheit der Kritik“) nicht weniger notwendig, um die richtige Verarbeitung der Erfahrungen des Klassenkampfes zu ermöglichen und die ideologische Erstarrung und bürokratische Verknöcherung der Partei zu verhindern, die der Nährboden des Revisionismus ist. Mit einer bloßen „Schönwetter-Demokratie“, die in Sturmzeiten durch ein Notstandsregime ersetzt wird, ist es nicht getan: gerade in Zeiten der Krise ist die revolutionäre Demokratie ein unverzichtbarer Kraftquell zur Mobilisierung der Initiative und Energie der Massen.

Entsprechend fallen in der SU die Zeiten der größten revolutionären Aktivität der Massen mit der Periode unmittelbar nach der Oktoberrevolution zusammen, in der der alte Staatsapparat gelähmt war und der revolutionäre Demokratismus der Arbeiter- und Bauernmassen sich noch weitgehend ungezügelt entfalten konnte. Je mehr sich die Parteiherrschaft und der bürokratische Staatsapparat im Verlauf der 20er Jahre verfestigen, desto geringer wird die politische und gesellschaftliche Aktivität der Massen, bis schließlich die vollständige Entrechtung der arbeitenden Klassen und ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Staatsbürokratie in den 30er Jahren sie vollends von jeder Möglichkeit abschneidet, Produktion und Politik in eigener Regie zu bestimmen. Im gleichen Zeitraum wird auch die Demokratie innerhalb der Partei erdrosselt: während noch bis in zweite Hälfte der 20er Jahre eine ziemlich offene kontroverse Auseinandersetzung über Ziele und Wege des sozialistischen Aufbaus möglich war, wurde in den folgenden Jahren Kritik an der vom Politbüro definierten Linie zunehmend unterdrückt, mit Ausschluß aus der Partei geahndet und schließlich, in letzter Konsequenz, als Verbrechen verfolgt („Es wurde kein Unterschied zwischen Irrtum und Konterrevolution gemacht“, Mao Zedong 1956). Die Parteitage verkamen zur bloßen Fassade für die Absegnung längst gefallener Entscheidungen; Wahlen zu leitenden Körperschaften der Partei wurden nachträglich nach Belieben durch die politische Polizei „korrigiert“. Stalin machte Ernst mit dem Bild der „monolithischen“ Partei, die sich durch „eiserne Disziplin“ und unbedingte Einheit des Willens (nicht nur des Handelns) und des Denkens auszeichnet: wenn es auf die Einheit des Willens und des Denkens ankommt, werden folgerichtig abweichende Absichten und Gedanken unterdrückt, und wo abweichende Gedanken und Absichten aufgespürt und unterdrückt werden, ist der Inquisition Tür und Tor geöffnet, die in der SU in den 30er Jahren wieder Einzug hielt.

Der Ökonomismus

Der Ökonomismus ist zusammen mit der Staatsfrage die zentrale Säule im ideologischen System des Revisionismus.

Fasst Lenin die Aufgabe des sozialistischen Aufbaus in der SU noch in der bekannten Formel zusammen: „Sozialismus = Sowjetmacht plus Elektrifizierung“, so bleibt unter Stalins Federführung nur noch die Elektrifizierung/Industrialisierung übrig. Die Aufgaben des Proletariats in diesem Konzept des „Aufbaus des Sozialismus“ erschöpfen sich in derselben Tätigkeit, welche die Kapitalisten aller Länder an den Arbeitern schätzen: zu arbeiten, und zwar so viel, so schnell und so lange wie möglich.

Der Unterschied zwischen revolutionärem Marxismus und Ökonomismus besteht nicht darin, das letztere die Entwicklung der Produktivkräfte zu einem zentralen Kettenglied des sozialistischen Aufbaus erklärt — das tut der Marxismus auch. Die entscheidende Revision des Marxismus besteht darin, daß der Ökonomismus die Formen des Produktionsprozesses für „klassenneutral“ erklärt und die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse auf die bloße Verstaatlichung der Produktionsmittel herunterbringt. Der sozialistische Charakter des Sowjetischen Staates wird dadurch garantiert, daß ihn die kommunistische Partei regiert, der sozialistische Charakter der Ökonomie durch das Staatsmonopol an den Produktionsmitteln — das ist der gemeinsame Nenner des Revisionismus von Stalin bis Breschnew. Gemeinsam ist ihnen eben, daß sowohl die Zerstörung der bürokratischen Staatsmaschine wie die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise als Kernstück der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse fallengelassen werden.

Oben wurde dargestellt, daß sich die beschleunigte Industrialisierung der SU in den 30er Jahren von vorneherein als Unterwerfung der neu formierten Arbeiterklasse unter kapitalistische Formen der Arbeit, Arbeitsteilung, Arbeitsdisziplin und Entlohnung vollzog. Anfänge dieser Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse unter der Regie des „proletarischen“ Staates finden sich bereits Anfang der 20er Jahre: in der Entmachtung der Fabrikkomitees, dem Aufbau der staatlichen Wirtschaftsorgane von „oben nach unten“, im Rückgriff auf das Akkordsystem und in der Forderung nach „unbedingter Unterordnung“ der Arbeiter unter das Kommando der Betriebsleiter.

In den theoretischen Schriften Lenins sind ökonomistische Tendenzen bereits angelegt, die später von der KPdSU zum Programm erhoben werden: während Lenin in seinen programmatischen Werken die Marx'sche Einsicht, daß das Proletariat den bürgerlich-bürokratischen Staatsapparat nicht einfach in seinen Dienst stellen, sondern ihn „zerschlagen“ muss, wieder ausgegraben und gegen den Revisionismus verteidigt hat, gibt es Berührungspunkte mit dem Revisionismus in der Frage der Übernahme des kapitalistischen Produktionsapparats als „fertiger“ ökonomischer Basis des Sozialismus:

„Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.“ (Die drohende Katastrophe . . . AW II, 299)

Und in der Polemik mit den „linken“ Kommunisten in der KPR beschreibt er die ökonomischen Aufgaben der Sowjetmacht so:

„Deutschland und Russland verkörpern 1918 . . die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen und andererseits der politischen Bedingungen für den Sozialismus. (. .) Solange in Deutschland die Revolution noch mit ihrer 'Geburt säumt', ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, als Peter die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Russland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.“ (AW II, 791)

Man kann sagen, daß Stalin dieses Programm beim Wort genommen hat: Umwandlung Russlands von einem „halbmittelalterlichen“ in ein „modernes“ staatskapitalistisches Land, ohne dabei zur Abkürzung dieser Transformationsperiode vor „barbarischen Methoden“ zurückzuschrecken — nicht nur gegenüber den alten Ausbeuterklassen, den Repräsentanten des rückständigen Russland, sondern ebensowenig gegenüber den arbeitenden Klassen, die als Baumaterial der Modernisierung Russlands verschlissen wurden. Die Geschichte der SU zeigt, daß das Proletariat den kapitalistischen Produktionsapparat ebensowenig einfach übernehmen kann wie den bürgerlichen Staatsapparat: nachdem es diesen zerstört und die revolutionäre Demokratie verwirklicht hat, muss es die kapitalistische Produktionsweise restlos umwälzen, um die Wurzeln der Unterdrückung der Arbeiter im Produktionsprozess, in der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung selbst zu vernichten.

Die kommunistische Revolution unterscheidet sich gerade darin von allen vorhergehenden,

„daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andere Distribution dieser Tätigkeit .. handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft der Klassen selbst aufhebt.“ (MEW 3, S. 69/70)